

Ein Anschluss auch der Umwelt zuliebe

Gemeinderat lehnt Vorstoß für eine Absenkung des Geothermie-Arbeitspreises ab

VON MARC OLIVER SCHREIB

Grünwald – Dass sich die Grünwalder Hausbesitzer vor der Anschaffung eines neuen Ölbrenners überlegen, ob sie nicht lieber Fernwärme aus Geothermie verwenden möchten, das liegt im Interesse der Gemeinde Grünwald und ihres Tochterunternehmens, der Erdwärme. Im Gemeinderat schlug jetzt die PBG-Fraktion vor, den Arbeitspreis für den Kunden attraktiver zu gestalten und abzusenken. Die Konkurrenz auf dem Gas- und Ölmarkt biete billiger an. Allerdings sehen die Experten da einen Haken.

EWG-Geschäftsführer Andreas Lederle erläuterte die Ziele der Preisgleitklausel. Es gehe um langfristige Verlässlichkeit. Im Vergleich habe Grünwald die günstigsten Fernwärmepreise in Deutschland. „Wir haben ein starkes Preismodell.“

Die juristische Seite vertrat Claudius Franke von der Grünwalder Schweizer Legal, eine Kanzlei mit Schwerpunkt Energie- und Umwel-

tenergierecht. Er hat die Preisgleitklausel überprüft. Nach einer gesetzlichen Vorschrift müssen, so Franke, Unternehmen wie die EWG die Kosten bei der Erzeugung und der Bereitstellung von Fernwärme sowie die Preisentwicklung auf dem Wärmemarkt angemessen berücksichtigen. Im Ergebnis gebe es keine Notwendigkeit, an der Preisgestaltung der Erdwärme etwas zu ändern. Er geht davon aus, dass die Kunden bei einem Umstieg vom Strompreisindex auf Gas in der Preisgleitklausel langfristig belastet würden. Franke hielte es zudem für unzeitgemäß im Hinblick auf die CO₂-Einsparung, umzustellen vom Strom- auf den Gasindex.

Oliver Schmidt (PBG) fand es interessant, mit welcher Klarheit der Jurist die künftige Entwicklung auf dem Markt einschätzen könne. Er selbst, Schmidt, befasse sich mit der Entwicklung auch intensiv. Die PBG jedenfalls wolle der Erdwärme keinen Nachteil verschaffen, sondern einen Vorteil. In den

vier vergangenen Jahren hätten die Bezieher der Erdwärme immer schlechtere Konditionen als etwa Öl- und Gaskunden. Die EWG sei beim reinen Verkauf der Wärmeenergie 30 Prozent teurer als Gas, bei Heizöl seien es 17 Prozent. Das alles trotz Rabatt auf den Arbeitspreis. Dabei es sei immer das Credo gewesen, dass die Erdwärme günstiger sei als der Bezug fossiler Energie. Es gehe darum, eine Formel zu finden, die im Vergleich zu Öl und Gas attraktiv sei. 1200 Haushalte seien angeschlossen bei insgesamt 3000, da sei noch mehr drin.

Der EWG-Geschäftsführer mahnte zur Vorsicht: „Sie wollen die EWG doch sicher nicht ins Risiko bringen.“ Er riet dringend davon ab, den Arbeitspreis auf neue Füße zu stellen. Denn die Grundlage, auf der man sich bewege, sei sehr stabil: „Würde man das Gas hineinnehmen, weil die Preise attraktiv sind, dann sitzen wir in drei Jahren wieder beisammen, wenn der Gaspreis steigt.“

Das will auch Achim Zep-

penfeld (SPD) nicht. Er wies aber darauf hin, dass die Preisgestaltung schon einmal geändert worden sei. „Da hatten wir einen 40-prozentigen Öl-Anteil drin.“ Aufgrund steigender Ölpreise und einer Initiative von Bürgern sei man auf den Zentralheizungsindex umgestiegen. Er schlug vor, für Kleinverbraucher Extra-Tarife zu überdenken, damit sich Energiesparen lohnt.

Bürgermeister Jan Neusiedl (CSU): „Wir sind der günstigste Anbieter.“ Man müsse die Vollkosten sehen. Die Wärmeübergabestation sei im Preis drin und noch vieles mehr. Aber der rechtliche Rahmen sei einzuhalten. Es sei überdies vom Umweltaspekt her irrwitzig, auf fossile Brennstoffe als Bezugsgröße zu setzen. Seine Parteikollegin Uschi Kneidl formulierte es so: „Wer sich an die Geothermie anschließen will, für den spielt der Umweltgedanke eine Rolle, er hat ihn im Kopf und im Herz.“ Der Gemeinderat beschloss mit Ausnahme der PBG, den Antrag nicht weiter zu verfolgen.